

Signale aus dem "Off" der Gesellschaft

Autor(en): **Hafen, Martin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **SuchtMagazin**

Band (Jahr): **32 (2006)**

Heft 3

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-800953>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Signale aus dem «Off» der Gesellschaft

Die Jugendkrawalle und Studentenunruhen in Frankreichs Städten können nur diejenigen überraschen, die die Augen davor verschliessen, wie mit den Jugendlichen in der Gesellschaft umgesprungen wird.

MARTIN HAFEN*

Die Berichte und Reportagen über die Studierenden-Unruhen in Frankreich in diesem Frühling verschwinden schon langsam wieder aus unserem Bewusstsein – genau so wie die alarmierenden Bilder und Fakten, die wir im letzten Herbst aus Frankreichs Städten zu sehen bekamen: Randalierende Gruppen setzten nicht nur Hunderte von Autos in Flammen, sondern auch öffentliche Verkehrsmittel, Einkaufszentren und sogar Kindergärten. Der Schrecken der Bevölkerung und der Behörden bei diesen Krawallen war gross – nicht nur, weil sogar einige Tote zu beklagen waren. Dieser Schrecken war wohl mit dafür verantwortlich, dass Innenminister Sarkozy die sonst übliche politisch-diplomatische Zurückhaltung ablegte und erklärte, dass man das Lumpengesindel in Frankreichs Vorstädten mit dem Hochdruckreiniger wegschleusen werde. Sarkozy mag diese Aussage gemacht haben, weil er seiner Erregung vergessen hat-

te, seine PR-Fachleute um Rat zu fragen. Vielleicht ist der Satz aber auch Ausdruck für das politische Kalkül eines Innenministers, der im Hinblick auf die Präsidentenwahl seine Fühler gegen die extreme Rechte ausstreckt. Offenbar hat er den Bogen dabei ein wenig überspannt, denn bei den Studentenunruhen hat er mit Nachdruck versucht, sich als verständnisvoller Schlichter in Szene zu setzen. Wie dem auch sei: Bei aller Empörung über die beinahe faschistoide Argumentationslinie von Sarkozy bei der Verurteilung der Jugendunruhen darf nicht vergessen werden, dass er mit seiner Haltung bei weitem nicht alleine steht und dass breite Teile der Bevölkerung durchaus zufrieden sind, wenn sie mit den «schwierigen» oder «asozialen» Jugendlichen in den Banlieues nichts, aber auch gar nichts zu tun haben. Aus den Augen, aus dem Sinn – Frankreichs Städtebaupolitik sorgt dafür, dass diese Maxime seit Jahren mit erstaunlicher Effizienz umgesetzt wird.

Inklusionsbedingungen

Auf der Suche nach Erklärungen für die Gewaltexzesse durch Teile von Frankreichs Jugend bietet sich an, soziologische Theorie in Anspruch zu nehmen – nicht zuletzt, weil theoriegeleitete Beobachtung ein Mass an nüchterner Distanz ermöglicht, das in Zeiten der Empörung und Sorge leicht verloren geht. Nutzt man für diesen Blick die soziologische Systemtheorie¹, dann kann man mit Niklas Luhmann davon ausgehen, dass sich die Gesellschaft in Funktionsbereiche aufgliedert²: So sorgt das System der Politik für rechtmässige Entscheidungen, die das Zusammenleben regeln sollen; das Rechtssystem ist für die Durchsetzung dieser Entscheidungen zuständig; das Wirtschaftssystem reguliert Knappheiten an Gütern, Dienstleistungen und

Geld, und das System der Wissenschaft betreibt Wahrheitsfindung in einer Welt, die sich nicht mehr auf absolute (göttliche) Wahrheiten abstützt wie noch im Mittelalter. Zusätzlich zu diesen und weiteren Funktionssystemen hat sich in der Gesellschaft ein Netz von Organisationen herausgebildet, deren Funktion die Durchsetzung von spezifischen Zwecken (z. B. die Produktion eines bestimmten Gutes oder die Erziehung von Kindern) ist und die mehr oder weniger eng mit den Funktionssystemen gekoppelt sind. Der Begriff der Inklusion umschreibt, wie die Menschen als Personen für diese Systeme relevant werden³. An eine Person werden in jedem System ganz spezifische Erwartungen gerichtet: in der Wirtschaft andere als im Sportverein, in einer Gruppe von Freunden andere als in der Politik, im Rechtssystem andere als in der Wissenschaft. Die Adresse, die einer Person in diesen sozialen Systemen jeweils zugewiesen wird, bestimmt demnach, ob eine Person inklusionsfähig ist oder nicht. Dabei ist zu beachten, dass die Adresse nicht nur aus dem Namen besteht, sondern durch zahlreiche Faktoren geprägt wird, die je nach System von mehr oder weniger grosser Bedeutung sind: Schulabschlüsse, absolvierte Ausbildungen, «Beziehungen», aber auch ethnische Herkunft, Aussehen, Kleidung, Wohnort etc.⁴

Exklusionsfaktoren

Folgt man diesem theoretischen Modell, dann kann man sehen, dass es in der heutigen Gesellschaft immer mehr Menschen gibt, deren individuelle soziale Adresse in erheblichem Mass «beschädigt» ist. Das bedeutet, dass sie in bestimmten Systemen schlicht nicht inklusionsfähig sind, d. h. konsequent exkludiert werden. Die Gesetzesvorschläge der französischen Regierung,

* Martin Hafen, Sozialarbeiter HFS und Soziologe Dr. phil. arbeitet als Dozent an der HSA Hochschule für Soziale Arbeit Luzern und leitet dort unter anderem zusammen mit Prof. Kurt Gschwind den MAS Master of Advanced Studies in Prävention & Gesundheitsförderung (www.hsa.fhz.ch/masp). Kontakt: HSA Luzern, Werftstr. 1, Postfach 3252, 6002 Luzern, Tel. 041 367 48 81, E-Mail: mhafen@hsa.fhz.ch, Homepage privat: www.fen.ch.

die den Anlass zu den Studierenden-Unruhen gegeben haben, zielen in diese Richtung: Sie verschlechtern die Inklusionsbedingungen für die Jugendlichen in den Wirtschaftsprozess weiter, indem sie Entlassungen erleichtern und damit Exklusion wahrscheinlicher machen. Bei dieser Exklusionsgefahr geht es nicht nur um Organisationen wie Unternehmen, sondern auch um ganze Funktionsbereiche, was zu regelrechten «Exklusionsdriften»⁵ führen kann: keine Arbeit, kein Geld, keine Wohnung, keine Familie etc.

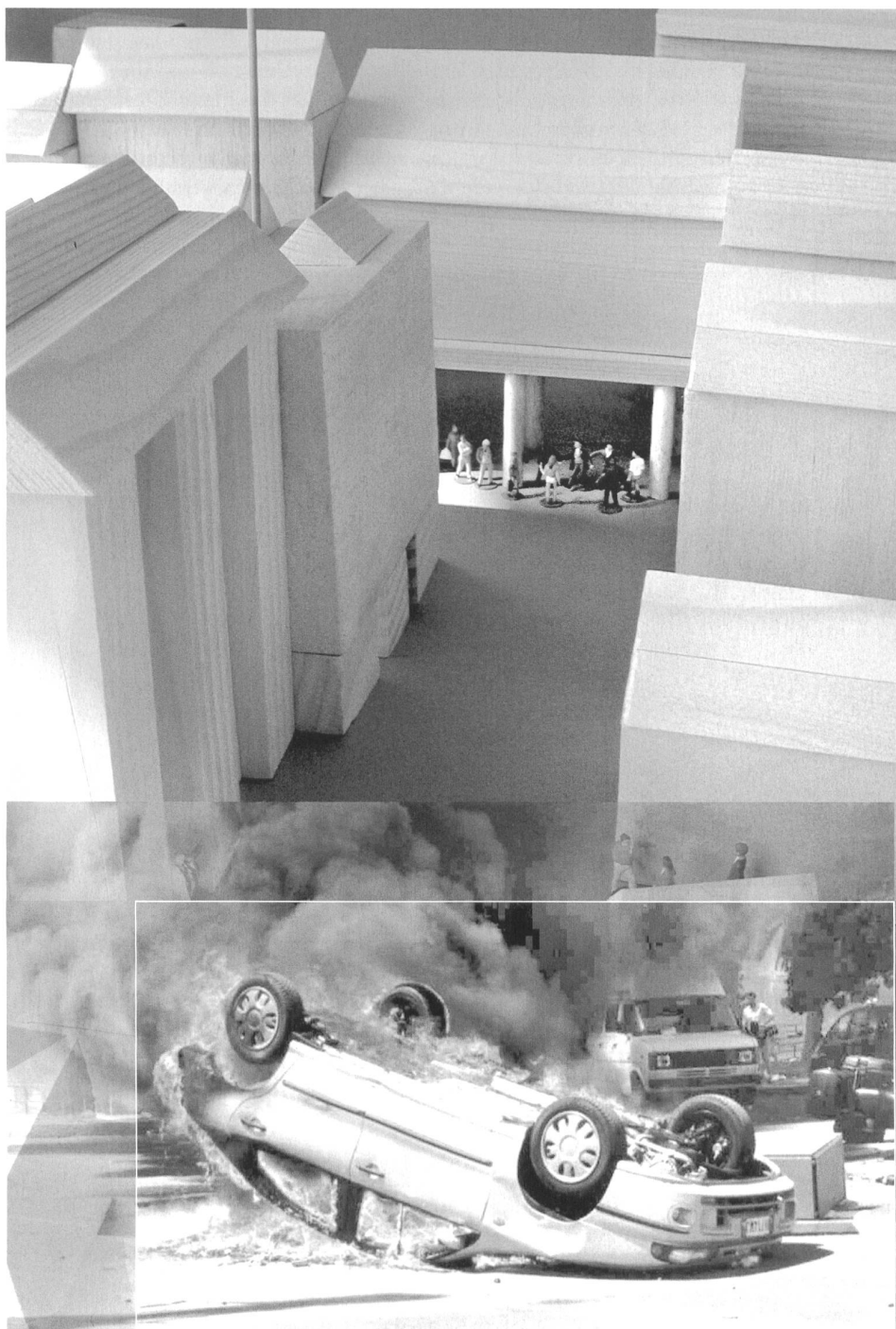
Die westliche Gesellschaft, die sich gerne als Wohlfahrtsgesellschaft beschreibt, überlässt die Betroffenen in der Regel nicht sich selbst, sondern stellt ihnen zusätzliche Inklusionsmöglichkeiten zur Verfügung: Heime für die älteren und behinderten Menschen, Therapieeinrichtungen für Süchtige, Sonderschulen für verhaltensauffällige oder leistungsschwache Kinder sind hier genau so zu nennen wie alle Bemühungen im Rahmen der Sozialhilfe und der Sozialarbeit. Wenn die Betroffenen mit diesen Angeboten nicht zu erreichen sind, werden sie gerne in räumlich begrenzte Exklusionszonen (z. B. Drogenszenen oder sozial stark benachteiligte Quartiere) und damit tendenziell ins «Off» der Gesellschaft abgeschoben, also in Bereiche mit sehr eingeschränkten Partizipationsmöglichkeiten. Aber nicht nur bei den räumlichen Exklusionen, sondern auch bei den eben beschriebenen ergänzenden Inklusionsmöglichkeiten (Sozialhilfe, Heime etc.) stellt sich das Problem, dass die Massnahmen die exklusionsfördernden Faktoren der sozialen Adressen nicht beseitigen, sondern diese eher verfestigen, was die allgemeine Inklusionsfähigkeit der betroffenen Personen weiter schmälert. So haben viele Arbeitslose das Problem, dass sich ihre Zeit ohne Erwerbsarbeit trotz ihrer Arbeitssuche und trotz der Unterstützung durch die Sozialarbeit in ihrer sozialen Adresse verfestigt und die Inklusionsfähigkeit in Betriebe weiter schmälert.

Individuelle Verarbeitung

Es ist unvermeidlich, dass die eingeschränkten Inklusionsmöglichkeiten – trotz oder auch: wegen der Ersatzinklusionen – für die Psyche und das direkte soziale Umfeld der Betroffenen nicht folgenlos bleiben. Wie diese Erfahrung

einer weit gehenden sozialen Irrelevanz verarbeitet wird, ist individuell. Viele werden depressiv, süchtig oder anderweitig krank; andere machen durch Protest und Gewalt auf sich aufmerksam. Teilhabe an Kommunikation ist ein menschliches Grundbedürfnis, und wir wissen nicht nur aus der Kindererziehung, dass negative Beachtung mit der damit verbundenen Inklusion keiner Beachtung und sozialer Isolation oft vorgezogen wird. Aus der Perspektive der Systemtheorie lässt sich argumentieren, dass physische Gewalt oft gerade dann aktiviert wird, wenn andere Versuche, sich an Gesellschaft zu beteiligen, scheitern – auch weil «die Gesellschaft» und ihre Funktionssysteme

(wie «die Wirtschaft») keine Adresse haben, an die sich Kommunikation richten könnte. Die Unternehmen wiederum, die adressabel wären, verweisen auf ihre Bilanzen und die Ansprüche der Aktionäre, und die Erfahrung zeigt, wie schwierig es ist, diese Eigenlogik der Unternehmen in einem kapitalistischen System von aussen zu beeinflussen und sie zur Integration von Behinderten, zu Geschlechterquoten, zur Schaffung von Lehrstellen oder zur Anstellung von Jugendlichen mit ausländisch tönenden Namen zu verpflichten. Was bleibt, sind in der Regel ebenso moralisierende wie hilflose Appelle an die «Eigenverantwortung» der Unternehmen, die von diesen gewöhnlich



nach eigenen Massstäben interpretiert werden – etwa wenn ein Unternehmen seine Massentlassungen (unter anderem) mit der Sicherung von Arbeitsplätzen begründet.

Was den direkt Betroffenen langen erfolglosen Bemühungen und den damit verbundenen Enttäuschungen und Diskreditierungen bleibt, ist Resignation oder eben: Zerstörung. Exakt in diesem Licht sind die Unruhen in Frankreichs Städten zu sehen. Die brennenden Autos bilden nicht ignorierbare Irritationsanlässe in der Umwelt der Gesellschaft. Sie sind Signale, die bekunden sollen: «Hey, wir sind auch noch da. Wir lassen uns nicht in Ghettos abschieben. Wir wollen gesellschaftlich partizipieren. Wir wollen Arbeit, Wohlstand und die Möglichkeit, eine Familie zu gründen. Und: Wer nicht hören will, muss fühlen!» Die mediale Aufmerksamkeit, die den Kravallen zu Teil wird, zeigt, dass die Zerstörung als Mitteilung einer Botschaft verstanden wird, und dass die Inklusionsmöglichkeiten der Verursa-

cher erweitert werden. Plötzlich finden sie, wenigstens für kurze Zeit, Gehör. Und das bewirkt – verständlicherweise – mehr desselben. Zu alledem kommt, dass die Betroffenen in diesen Exklusionsbereichen in hohem Ausmass integriert sind – Integration dabei im klassischen Sinn verstanden als wechselseitige Einschränkung von Freiheitsgraden. So kann sich in der Wechselwirkung von Zusammengehörigkeit und Gruppendruck eine Dynamik entwickeln, der von aussen kaum beizukommen ist und die auch von innen – etwa durch gemässigte Leitfiguren – nicht mehr kontrolliert werden kann, um so mehr als die Einzelnen nur wenig haben, das sie verlieren könnten.

Prävention tut Not

Es steht ausser Frage, dass der Rechtsstaat die Unruhen und die damit verbundenen Rechtsverletzungen nicht tolerieren kann und das Notwendige unternehmen muss, um die Situation zu beruhigen. Es steht ebenfalls ausser

Frage, dass es mit dieser – zwangsläufig mit staatlich legitimierter Gegengewalt verbundenen – Symptombekämpfung nicht getan sein kann. Das bringt die Forderung nach Prävention ins Spiel. Nicht, dass das sonderlich originell wäre. Prävention wird immer gefordert, wenn sich die Dinge nicht so entwickeln, wie sie sich aus Sicht der Öffentlichkeit, der Politik und der Massenmedien entwickeln sollten. Die Frage ist eher, wie die Prävention gemacht werden soll. Weil die Prävention in der Gegenwart dafür zu sorgen hat, dass in der Zukunft etwas nicht passiert, hat sie – anders als die Behandlung – keinen Zugriff auf das Problem selbst. Vielmehr muss sie nach Einflussfaktoren auf das zu verhindernde Problem suchen und allenfalls nach Einflussfaktoren auf diese Einflussfaktoren⁶. Im Hinblick auf das hier zu Debatte stehende Problem der gewalttätigen Proteste haben wir einen zentralen Faktor definiert: die unzureichenden Inklusionsmöglichkeiten für einen beachtlichen Teil (insbesondere der «ausländischen») Jugendlichen. Sucht die Prävention nach Ursachen für diese Ursache, dann eröffnet sich ein immenses Feld von Interventionsmöglichkeiten, von denen in aller Kürze einige aufgelistet werden sollen.

Respekt

Eine erste, sehr allgemeine Herausforderung für jede und jeden wäre es, Jugendlichen (wie andern «Randgruppen») generell mit mehr Respekt zu begegnen. Angesichts der Respektlosigkeit, die Kindern und Jugendlichen in unseren Breitengraden von Seiten vieler Erwachsener entgegenschlägt, mag es nicht erstaunen, dass die Jugendlichen den Erwachsenen den angemessenen Respekt ebenfalls schuldig bleiben. Die individuellen Folgen, die durch die nicht realisierbaren Inklusionen (z. B. durch die erfolglose Suche nach einer Lehrstelle oder durch Arbeitslosigkeit) ergeben, werden durch den mangelnden Respekt noch verschärft. Das trägt unter anderem dazu bei, dass diejenigen Gruppen für die betroffenen Jugendlichen an Bedeutung gewinnen, in denen die lebensnotwendige Anerkennung mit gesellschaftlich unerwünschten Verhaltensweisen wie Suchtmittelkonsum, Gewaltanwendung, rassistischen Kundgebungen oder Vandalenakten verknüpft ist. Wenn exzessives Trinken



oder extremes Risikoverhalten in einer Peer-Group einen Aspekt der Gruppenidentität darstellen⁷, dann steht für die zwangsläufig ihre soziale Akzeptanz auf dem Spiel, wenn sie sich den entsprechenden Gruppenritualen entziehen wollen.

In Hinblick auf die Erwachsenen ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass Respekt nicht mit einer unverbindlichen Toleranz gleichgesetzt wird. Es geht nicht darum, Andersartigkeit einfach hinzunehmen, sondern darum, dass man sich aktiv mit ihr auseinandersetzt. Das beinhaltet einerseits Wertschätzung und Unterstützung, andererseits aber auch die Thematisierung und Durchsetzung von geltenden Regeln. Zentral dabei ist, dass sich die (bisweilen durchaus notwendige) Kritik auf klar bestimmte Verhaltensweisen bezieht und nicht in der Form von moralisierenden Urteilen die ganze Person abwertet.

Strukturelle Massnahmen

Wenn wir den Blick auf weitere Bedingungen der Möglichkeit beschränkter Inklusionschancen von Jugendlichen werfen, dann stossen wir auf beinahe unzählige Einflussfaktoren, die angegangen werden können. Im direkten Umfeld der Jugendlichen (in Frankreich etwa in den Banlieues) wären etwa vielfältige Massnahmen zu Verbesserung der Lebensqualität denkbar – sei es durch städtebauliche Veränderungen, sei es durch einen Aufbau von Angeboten, welche die Jugendlichen beim Aufbau einer geordneten Tagesstruktur unterstützen. Es steht ausser Frage, dass solche Angebote so partizipativ wie irgend möglich gestaltet sein sollten. Wichtig ist dabei, dass sich die Partizipation nicht auf eine reine Teilnahme beschränkt. Wirkliche Partizipation kann langfristig nur funktionieren, wenn die konstruktiven Aktivitäten der Jugendlichen nicht zur reinen Beschäftigungstherapie verkommen, sondern die politischen Entscheidungen nach sich ziehen, die für nachhaltige strukturelle Veränderungen unverzichtbar sind. Erweitert man den Horizont sinnvoller Massnahmen, dann erscheinen Interventionen auf dem Arbeitsmarkt (Schaffung von Arbeitsplätzen und Lehrstellen) genau so im Blickfeld, wie Reformen im Schulsystem (kleinere Klassen, besser ausgebildete Lehrkräfte, möglichst späte

Selektion etc.) oder umfassende Massnahmen gegen den wachsenden Rassismus in Organisationen und in der Öffentlichkeit.

Das ökonomische Argument

Wie immer, wenn die Prävention mehr sein will als ein Tranquilizer für eine beunruhigte Gesellschaft, wird ihr von der Politik entgegen gehalten, dass diese Massnahmen zu viel kosteten und dass man sie sich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht leisten könne – schon gar nicht, wenn man den «Wohlfahrtsstaat» ohnehin abspecken und dem Einzelnen mehr Verantwortung übertragen möchte. Man muss nicht in der Sozialen Arbeit tätig sein um zu erkennen, dass es immer mehr Menschen auch mit einem hohen Mass an Eigenverantwortung nicht gelingt, sich eine angemessene Lebensqualität zu erhalten – denken wir nur an die stetig wachsende Zahl an «Working Poor» oder an die vielen allein erziehenden Eltern, die mit ihren Kindern an oder unter der Armutsgrenze leben. Schaut man nur ein wenig über die Zeitdauer von politischen Wahlperioden hinaus, dann zählt auch das ökonomische Argument nicht mehr. Der Grund dafür ist ein einfacher: Menschen können zwar aus vielen Systemen ausgeschlossen und in Exklusionsbereiche wie die Banlieues abgedrängt werden; ganz aus der Gesellschaft ausschliessen kann man sie nicht. Das bedeutet, dass alle, die früh aus der Schule fallen, keine Ausbildung haben, keine Stelle finden, sich «sozial auffällig» benehmen oder nicht angemessen am öffentlichen Leben partizipieren können, sich gesellschaftlich früher oder später wieder bemerkbar machen – als Kranke, als Süchtige, als Sozialfälle, als Rechtsbrecher oder – wie in Frankreich – als Krawallmacher. Die Diskussionen um die Gesundheitskosten, die Riesendefizite der Sozialversicherungen, die Kosten in der Sozialhilfe und im Strafvollzug zeigen, dass die Behandlung dieser Probleme bei weitem teurer kommt als der Versuch, die Chance für das Auftreten solcher Probleme durch die Beseitigung von Einflussfaktoren zu verringern.

Abschliessende Bemerkungen

Niemand behauptet, dass umfassende präventive Massnahmen zur Verhinde-

rung von sozialen Problemen wie den Jugendunruhen in Frankreich einfach oder gar billig seien. Es behauptet auch niemand, dass sich die Probleme der modernen Gesellschaft auf die Jugend oder auf Frankreich beschränken. Weltweit kann der internationale Terrorismus wie die Zerstörungsakte der Jugendlichen als blindwütige Mitteilung einer Botschaft an eine namenlose Gesellschaft verstanden werden, in der unter den wehenden Bannern der «Demokratie» und der «Menschenrechte» ganze Volksgruppen und Religionsgemeinschaften systematisch ohne Respekt behandelt werden und ein Fünftel der Bevölkerung an Hunger leidet, obwohl Nahrung im Überfluss vorhanden wäre⁸. Und auch bei uns in der Schweiz gibt es ausreichend Anlass dazu, Jugendgewalt, Vandalismus, Hooliganismus und Selbsterstörung durch Essstörungen, Selbstverletzungen, Suchtmittelmissbrauch oder übertriebenes Risikoverhalten als Signale aus dem «Off» der Gesellschaft wahrzunehmen: «Hey, wir sind auch noch da!» ■

Literatur

- **Fuchs, Peter; Schneider, Dietrich, 1995:** Das Hauptmann-von-Köpenick-Syndrom, Überlegungen zur Zukunft funktionaler Differenzierung. In: Soziale Systeme 1, H.2: 203-224
- **Fuchs, Peter, 1997:** Adressabilität als Grundbegriff der soziologischen Systemtheorie. In: Soziale Systeme 3 (1997) Heft 1: 57-79
- **Hafen, Martin, 2002:** Internationaler Terrorismus und Jugendgewalt – ein Vergleich von zwei scheinbar unvergleichbaren Phänomenen. In: Sozialpädagogik 1/2002: 18-24
- **Hafen, Martin, 2005:** Systemische Prävention – Grundlagen für eine Theorie präventiver Massnahmen. Heidelberg
- **Hafen, Martin, 2005b:** Rauchen als Aspekt der Gruppenidentität. Systemtheoretische Überlegungen zu einem kaum beachteten Aspekt. Ms. Luzern (eingereicht bei Wiener Zeitschrift für Suchtforschung)
- **Luhmann, Niklas, 1994:** Soziale Systeme – Grundriss einer allgemeinen Theorie. 5. Aufl., Frankfurt am Main
- **Luhmann, Niklas, 1995:** Inklusion und Exklusion. In: ders., 1995: Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch. Opladen: 237-264
- **Luhmann, Niklas, 1997:** Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main

Fussnoten

- ¹ Vgl. für die Grundlagen Luhmann (1994)
- ² Luhmann (1997)
- ³ Vgl. Luhmann (1995)
- ⁴ Zum Begriff und zur Bedeutung der «sozialen Adresse» vgl. Fuchs (1997)
- ⁵ Fuchs/Schneider (1995)
- ⁶ Vgl. dazu grundsätzlich Hafen (2005)
- ⁷ Hafen (2005b)
- ⁸ Vgl. zum Vergleich von Terrorismus und Jugendgewalt Hafen (2002)